

# Sozialismus.de

Heft 2-2021 | EUR 8,00 | C 12232 E

Monatlich Hintergründe, Analysen und Kommentare | täglich im Netz



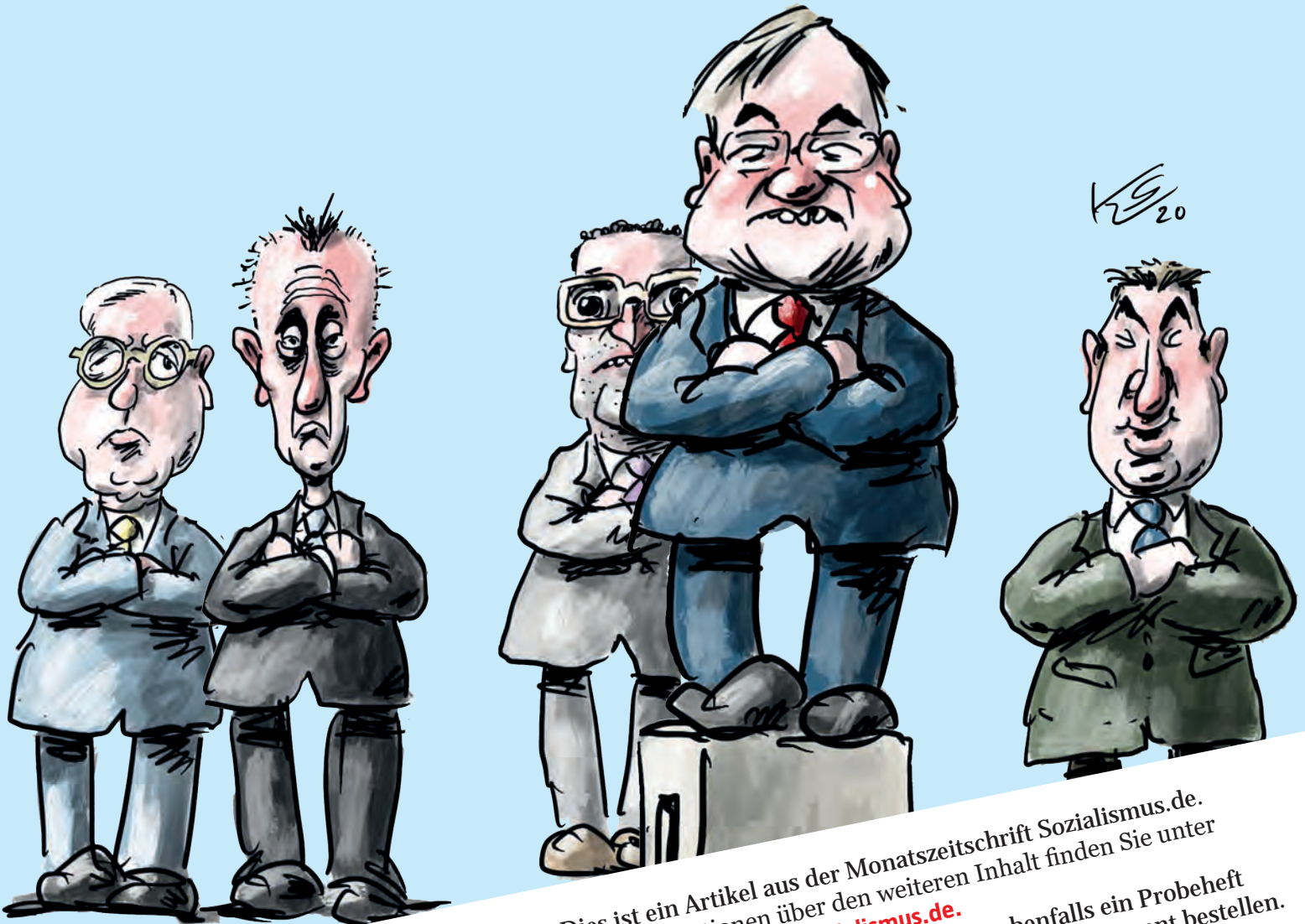
**Frank Rehberg: Zaubermittel Homeoffice?**

**Otto König/Richard Detje: Betriebsrätetärkungsgesetz**

**Forum  
Gewerkschaften**

**Beiträge u.a. von**

**Marion Fisch, Joachim Rock, Klaus Busch, Bernhard Sander, Joachim Bischoff, Björn Radke, Hinrich Kuhls, Michael Wendl, Mario Keßler**



Dies ist ein Artikel aus der Monatszeitschrift Sozialismus.de.  
Informationen über den weiteren Inhalt finden Sie unter  
[www.sozialismus.de](http://www.sozialismus.de).  
Dort können Sie ebenfalls ein Probeheft  
bzw. ein Abonnement bestellen.

# Aktuelle Analysen ohne Paywall

veröffentlicht die Redaktion  
zwischen den monatlichen  
Printausgaben im Netz auf  
[www.Sozialismus.de](http://www.Sozialismus.de)

## Pandemie und Neuwahlen in den Niederlanden

Während der liberale Weg bei der Bekämpfung der Corona-Pandemie 2020 in einer Sackgasse explodierender Infektionszahlen endete und durch rigide Lockdown-Strategien ersetzt wurde, geht das Land weiter auf eine neue politische Wegmarke zu.

## Erdogans Gehilfen

Einer der berüchtigtsten Grauen Wölfe in der Türkei sorgte Ende vergangenen Jahres erneut für Schlagzeilen. In einem offenen Brief bedrohte Mafiaboss Alaatiin Cakici den Vorsitzenden der republikanischen Volkspartei (CHP), Kemal Kilicdaroglu, mit dem Tode.

## Ein neuer Stil signalisiert mehr Vielfalt

Die Amtseinführungszereemonie des neuen US-Teams Joe Biden und Kamala Harris machte trotz fehlendem Publikum deutlich, dass die neue Administration mit anderen Inhalten und neuem Stil neuen gesellschaftlichen Rückhalt im Land gewinnen will.

## Dafür brauchen wir Unterstützung!

Wie Abonent\*innen und  
Leser\*innen das konkret machen  
könnten, steht ebenfalls unter  
[www.Sozialismus.de](http://www.Sozialismus.de)

## Reorganisationen und Verdachtsfälle

Joachim Bischoff/Björn Radke: Die CDU vor dem Umbau des System Merkel .....	2
Joachim Rock: Populisten im Praktikum Nachbetrachtungen zum sozialpolitischen Parteitag der AfD .....	8

## Europa – mit und ohne Maske

Klaus Busch: Neuer Aufbruch in Europa? Potenziale des Corona-Aufbauprogramms und der Rechtsstaatlichkeit für die EU .....	14
Hinrich Kuhls: »Goodbye, Europe«. Großbritannien als neuer Krisenherd nach dem harten Brexit .....	21
Bernhard Sander: Emmanuel Macron – das letzte Amtsjahr als Präsident? .....	29

## Das Erbe des Trumpismus überwinden

Joachim Bischoff: Joe Biden und die Zukunft der USA .....	34
Hasko Hüning: »Land of the free« (zu Colson Whitehead, Underground Railroad) .....	39

## Forum Gewerkschaften

Otto König/Richard Detje: Betriebsräte stärken! Bundesarbeitsminister will die Gründung und Wahl von Betriebsräten erleichtern .....	41
Wolfgang Neef: Transformation des »Kapitalozän« .....	46
Otto Ullrich: Leitbilder nach dem Ende des Fortschritt Und warum der Fortschritt als Mythos unserer Zeit gescheitert ist .....	48
Frank Rehberg: Homeoffice – Zaubermittel oder Herausforderung? .....	52

## Gegen Geldillusionismus und Geschichtsverdrängung

Alfred Müller: Marxistische Kritik der modernen Geldtheorie .....	56
Michael Wendl: Die Logik des Kapitals und das Geld .....	62
Mario Keßler: Ein kämpferischer Sozialist und Historiker. Zum Tod von Wolfgang Wippermann (1945-2021) .....	66

## Impressum | Veranstaltungen & Tipps | Film

Impressum .....	55
Tipps zum Anschauen und Zuhören .....	68
Marion Fisch: Umdenken! Mit André Gorz zu einer neuen Gesellschaft (Filmkritik) .....	69

# Populisten im Praktikum

Nachbetrachtungen zum sozialpolitischen Parteitag der AfD

von ■ Joachim Rock

Ende Januar 2021 berichteten verschiedene Medien über eine nach ihren Informationen bevorstehende Einstufung der gesamten AfD als »Verdachtsfall«. Grundlage dafür soll ein rund 1.000 Seiten umfassendes, unveröffentlichtes Gutachten des Verfassungsschutzes sein. Eine Folge wäre die überfällige Möglichkeit einer Beobachtung dieser Partei mit geheimdienstlichen Mitteln. Ganz ohne solche Mittel konnte man in den vergangenen Wochen Zeuge der gescheiterten sozialpolitischen Selbstfindung der Partei sein. Der AfD-Ehrenvorsitzende Alexander

Gauland betonte in der Vergangenheit regelmäßig, dass die AfD kein sozialpolitisches Programm habe und auch keines benötige.

Dahinter stand der Versuch, die programmatische Not der Partei als Tugend zu verkleiden. Es ist deshalb auch alles andere als eine Kritik, wenn der rechts-extreme Publizist Götz Kubitschek formulierte, die AfD sei »von vornherein theorieschwach, nicht-ideell, sondern sieht sich als Anreicherungsbecken für den arbeitenden, staatstragenden, pragmatischen Bürger« (Kubitschek 2016: 119). Der für Kubitscheks Verlag An-

taios<sup>1</sup> als Lektor arbeitende Benedikt Kaiser hat es demgegenüber 2020 übernommen, die spätestens seit 2017 durch die Thüringer AfD um Björn Höcke genutzte (vgl. Höcke 2018: 245f.) Formel von einem »Solidarischen Patriotismus« auch unter Rückgriff auf zahlreiche aus ihren Zusammenhängen herausgelöste linke Theoriefragmente mit einem ideengeschichtlichen Rahmen zu versehen. Kaiser beschreibt die AfD nüchtern als »eine Wahl- und Sammlungspartei, die ihre Aufgabe zu erfüllen hat – nicht mehr und nicht weniger« (Kaiser 2020: 66).



Das sagt der Richtige: Björn Höcke, 4.6.2018, Berlin (Foto: dpa)

Die Entwicklung einer sozialpolitischen Programmatik gehörte in den vergangenen Jahren nicht dazu, denn mit jeglicher Festlegung hatte die AfD, gespalten zwischen neoliberalen und völkischen Flügeln, viel zu verlieren und wenig zu gewinnen. Die AfD ist bis heute ein parteigewordenes Wimmelbild. Sie bietet eine riesige Projektionsfläche für politische Obsessionen fast aller Art und hat keinen Anlass, ihr Zustimmungspotenzial durch programmatische Detailschärfe unnötig zu verengen: »Wieso öffentlicher Richtungsstreit? Es hört doch sowieso keiner zu, es pflichtet doch den besten Vorschlägen keiner bei. Theoriearbeit, Maßnahmenkataloge: ja, für die Schublade, für später«,<sup>2</sup> wie Kubitschek nach dem zurückliegenden AfD-Parteitag formuliert.

## Heute hier, morgen dort: Ein, zwei, drei, viele Standpunkte

Der Nutzen einer Programmanalyse ist im Falle der AfD besonders begrenzt. Die AfD ist keine Programmpartei. Ihr ist auch nicht an parlamentarischer Sacharbeit gelegen, und sie leistet deshalb auch keine. Diese würde dem Anspruch der Partei, eine »Alternative« zu sein, widersprechen und ihre Möglichkeiten, beliebig Proteste zu artikulieren, beeinträchtigen. Wenn aus der AfD einmal eine konkrete Sachaussage kommt, bezeugt diese eher, dass Schweigen demgegenüber die bessere Wahl gewesen wäre.

Pars pro toto sei etwa der Hobby-Epidemiologe Björn Höcke zitiert, der im MDR-Interview am 25. August 2020 diagnostizierte: »Corona ist vorbei. Corona wird auch nicht wiederkommen.«<sup>3</sup> Die Corona-Pandemie steht beispielhaft für die beliebigen Positionswechsel in der Partei. So warnte Alice Weidel am 12. Februar 2020 mit Blick auf China vor der raschen Verbreitung des Virus. AfD-Bundessprecher Jörg Meuthen ergänzte am 11. März 2020,<sup>4</sup> die Epidemie sei »eine tödliche Gefahr«. Großveranstaltungen sollten »kategorisch« unterbunden werden. Am 18. März 2020 stellten Alice Weidel und Tino Chrupalla ein 5-Punkte-Sofortprogramm zur Pandemie vor, das wesent-

lich darauf gerichtet war, einen soften Lockdown zu erleichtern und mit wirtschaftlichen Maßnahmen zu flankieren. Als in Deutschland weiter gehende Maßnahmen beschlossen worden waren, lobte Alexander Gauland die Maßnahmen im Bundestag ausdrücklich. Die Hinwendung zur Kritik der Pandemie-Präventions- und Bekämpfungsmaßnahmen setzte sich erst im April des Jahres durch und dominiert seitdem die Wortmeldungen aus der Partei. Nicht sachpolitische Erwägungen, sondern die Suche nach Schlagzeilen und populistischen Profilierungsmaßnahmen prägt die Agenda der AfD.

## Auf der Suche nach Alternativen

Ein dauerhafter Verzicht auf ein sozialpolitisches Programm war für die AfD dennoch keine Option. Der Wille zur Macht oder zumindest zur Überwindung der sozialpolitischen Ohnmacht überzog. Auch das Kalkül, mit einem sozialchauvinistischen Programm ehemalige Wählerinnen und Wähler linker Parteien zu gewinnen, steht im Raum. Ein sozialchauvinistisches Programm könnte, so auch ein Befund von Dirk Jörke und Oliver Nachtwey, durchaus Zustimmung finden: »Eine Kombination aus Autoritarismus und linker Wirtschaftspolitik scheint für viele Wähler attraktiv zu sein.« (Jörke/Nachtwey 2018: 6).

In einem Anschreiben an alle Delegierten des zurückliegenden AfD-Parteitags wurde dazu auf verschiedene Studien zurückgegriffen, die die Bedeutung der Sozialpolitik betonten. So wurde eine Ipsos-Studie aus 2019 zitiert, in der 47% der Befragten »Armut und soziale Ungleichheit« als das Thema nannten, das ihnen am meisten Sorge bereitet, deutlich vor der zweitplatzierten »Einwanderungskontrolle« (37%).

Gerade für die ostdeutsche AfD ist die sozialpolitische Profilierung von elementarer Bedeutung, denn 99% der älteren Menschen in Ostdeutschland beziehen ihr Einkommen im Alter nahezu ausschließlich aus der Gesetzlichen Rentenversicherung. Im Westen gilt dies nur für knapp 88%, und selbst diese werden durch die in Ostdeutschland bis 1990 nicht mögliche private und betriebliche Vorsorge ergänzt. Nur die

westdeutsche AfD kann sich einen wirtschaftsliberalen Flügel leisten.

Der Weg zum Beschluss war lang. Es ist nicht ohne Ironie, dass sie diese lange Suche in der Heimatstadt des »schnellen Brüters«, in Kalkar, vorläufig abgeschlossen hat. Kern des sozialpolitischen Leittrahns zum AfD-Bundesparteitag sind sieben Forderungen zu Rentenpolitik. Die Forderungen wiederum setzen sich aus Bausteinen der – nach Angaben des Leiters der Programmkommission, Albrecht Glaser – bis zu 48 verschiedenen rentenpolitischen Konzepten zusammen, die in der AfD diskutiert wurden. Kohärenz ist so nicht zu erreichen, sehr wohl aber ein Kompromiss der verschiedenen Akteure.

Der am 29. November 2020 beschlossene Leittrahns entsprach dem bereits am 10. März 2020 veröffentlichten Entwurf für den damals geplanten, aber verschobenen Bundesparteitag. Von den 21 Seiten des Antrags wird »das Rentenproblem«, wie der entsprechende Abschnitt betitelt ist, lediglich auf den Seiten 11 bis 17 betrachtet. Eingeleitet wird der Antrag durch Ausführungen zur »demografischen Krise«, abgeschlossen mit »Leitlinien zur Gesundheitspolitik«.

Neben der Alterung der Gesellschaft sieht die AfD das »Abschmelzen deutscher Tugenden« (AfD 2020: 8) als Problem, dem u.a. mit der Beendigung von Projekten wie »Schule mit Courage, Schule gegen Rassismus« oder »Demokratie leben« (ebd.: 10) begegnet werden müsse. Die Forderung der AfD, diese Programme zu beenden, kann als Wirkungsnachweis eigener Art für den Erfolg dieser Projekte gelten.

*Dr. Joachim Rock* leitet die Abteilung Arbeit, Soziales und Europa im Paritätischen Gesamtverband e.V. Der Artikel gibt seine persönliche Sicht wieder.

<sup>1</sup> Weiterführend dazu der rechte Rand (Hrsg.) 2020: 29ff.

<sup>2</sup> [sezession.de/63663/meuthen-parteitag-hoecke/](https://sezession.de/63663/meuthen-parteitag-hoecke/); letzter Abruf: 22.1.2020.

<sup>3</sup> Zitiert nach [www.tagesspiegel.de/berlin/polizei-justiz/corona-ist-vorbei-wie-bjoern-hoecke-seine-pandemie-leugnung-ungeniert-im-mdr-verbereitete/26125974.html](https://www.tagesspiegel.de/berlin/polizei-justiz/corona-ist-vorbei-wie-bjoern-hoecke-seine-pandemie-leugnung-ungeniert-im-mdr-verbereitete/26125974.html); letzter Abruf: 22.1.2020.

<sup>4</sup> Zitiert nach [www.n-tv.de/politik/Wa-rum-die-AfD-zur-Corona-Partei-wurde-article22183083.html](https://www.n-tv.de/politik/Wa-rum-die-AfD-zur-Corona-Partei-wurde-article22183083.html); Stand: 20.1.2021.

Es ist, neben der an anderen Stellen bereits hinreichend erörterten Rede des AfD-Parteisprechers Jörg Meuthen zur Lage der Partei, der Abschnitt über die Alterssicherungspolitik, der kontrovers diskutiert wurde. Was sind seine wesentlichen Inhalte? Die erste Forderung gehört zum konventionellen Kanon liberal-konservativer Forderungen zur Rentenpolitik. Das Renteneintrittsalter soll, im Einvernehmen mit den Arbeitgebern, individuell gestaltet werden. Das Einverständnis mit dem Arbeitgeber betont die AfD, da diese häufig ein Interesse daran haben, sich ab einem bestimmten Alter von den Beschäftigten zu trennen. Dies wird bisher dadurch gewährleistet, dass sich Arbeitsverträge am gesetzlichen Renteneintrittsalter orientieren. Die Regelaltersgrenze soll aus Sicht der AfD dennoch indirekt fortbestehen, als Maßstab dafür, ob die Versicherten durch längeres Arbeiten Zuschläge oder aufgrund kürzerer Tätigkeit Abschläge erwerben. Da ein vorzeitiger Renteneintritt unter Inkaufnahme von Abschlägen schon heute ab dem 63. Geburtstag ebenso möglich ist wie die Fortsetzung der Erwerbstätigkeit nach Erreichen der Regelaltersgrenze, sind damit faktisch kaum Veränderungen verbunden.

Das Rentenniveau will die AfD auf der Grundlage der Lebenserwartung und des Beitragsaufkommens stetig angepasst (nicht erhöht!) wissen. Da das Rentenniveau allerdings nur das Verhältnis zwischen der Rente eines Durchschnittsverdieners nach 45 Beitragsjahren im Verhältnis zu den durchschnittlichen Arbeitnehmerinkommen bezeichnet und damit nur einen abgeleiteten Wert darstellt, macht das wenig Sinn. Die von der AfD formulierten Ziele lassen sich durch Eingriffe in Rentenformel und Rentenanpassungsformel erreichen, die sich dann auf das Rentenniveau auswirken. Eine im Antrag nicht konkretisierte Bindung des Renteneintrittsalters an die Lebenserwartung wird in jedem Fall dazu führen, dass körperlich hart arbeitende Menschen, wie Pflegekräfte oder Angehörige einfacher Dienstleistungsberufe, künftig schlechter dastünden. Sie erreichen schon heute regelmäßig nicht mehr die Regelaltersgrenze und sind deshalb häufig gezwungen, mit Abschlägen früher

in Rente zu gehen – wenn sie überhaupt diese Voraussetzung erfüllen. Wird die Regelaltersgrenze weiter erhöht, wachsen für diejenigen, die nicht im gleichen Maße länger arbeiten können, lediglich die Abschläge. Der Vorschlag ist unsozial. Er unterstreicht, dass die AfD gerade nicht für sich beanspruchen kann, die Interessen von Arbeitenden zu vertreten.

Die kurioseste Forderung ist dann auch die, mit der die AfD Menschen mit langjähriger Erwerbstätigkeit und geringen Einkommen im Alter besserstellen will als heute. Die Bundesregierung hat dafür die sogenannte Grundrente geschaffen. Sie sieht für die Berechtigten einen Zuschlag auf die Rente vor und sichert durch Freibeträge, Grundsicherung und Wohngeld, dass die Berechtigten davon auch tatsächlich profitieren und der Zuschlag nicht vollständig angerechnet wird. Die AfD will, dass Menschen, die im Erwerbsleben Beiträge in die Rentenversicherung eingezahlt haben, im Alter ein höheres Einkommen als nur die Grundsicherung haben. »Dies wird erreicht, indem nur 25% der Altersrente auf die Grundsicherung im Alter angerechnet wird«, heißt es dazu im Beschluss der AfD. 2019 betragen die durchschnittlichen Zahlbeträge der Renten für Männer im Schnitt etwa 1.100 Euro, für Frauen lagen sie bei 1.034 Euro in Ostdeutschland und 728 Euro in Westdeutschland. Die durchschnittliche Grundsicherung inkl. der Kosten für Miete und Heizung lag bei 815 Euro. Wer bisher etwa eine Rente von 800 Euro hat, hat in der Grundsicherung das gleiche Einkommen wie jemand, der keine Rentenleistungen erworben hat, denn bisher wird die Rente vollständig angerechnet.

Die AfD will nun, dass nur 25% der Altersrente angerechnet werden, die anderen 75% bleiben ausgeblendet. Geht man davon aus, blieben selbst von einer Monatsrente von 3.000 Euro nur 750 Euro übrig, die angerechnet würden. Ein älterer Mensch mit einem durchschnittlichen Bedarf von 815 Euro bekäme deshalb immer noch 65 Euro ergänzende Grundsicherung, zusätzlich zu seinem Rentenzahlbetrag von im Beispiel 3.000 Euro. Damit hätten praktisch alle Rentnerinnen und Rentner

auch einen Grundsicherungsanspruch. Tatsächlich wurde bei der Formulierung des Leitanspruches ganz offensichtlich etwas durcheinandergebracht, das in der Folge von niemandem in der AfD mehr korrigiert wurde. Die AfD-Bundestagsfraktion forderte in ihrem Antrag »Sofortmaßnahmen zur Armutsbekämpfung bei Rentnern« vom 13.2.2019, einen Freibetrag von mindestens 15% des Rentenzahlbetrags einzuführen. Diese Forderung würde bedeuten, dass dieser Prozentsatz den Betroffenen zusätzlich zur Grundsicherung verbleibt und der Rest angerechnet wird. Diese Forderung aus der Bundestagsfraktion wird im AfD-Antrag offenbar irrtümlich auf den Kopf gestellt.

Populär ist die Forderung der AfD, dass auch Politiker\*innen in die Rentenversicherung einzahlen sollen. Diese Forderung gehört zum Kernbestand aller linken rentenpolitischen Forderungen, als Element einer Erwerbstätigenversicherung. Die Forderung ist damit zwar wenig originell, aber auch nicht falsch. Das gilt auch für die weitere Forderung, die Verbeamtung von Staatsdiener\*innen auf hoheitliche Aufgaben zu beschränken. Dazu ein paar Zahlen: Zum 30. Juni 2019 waren 1,7 Millionen Menschen in Deutschland Beamt\*innen oder Richter\*innen, davon war etwa ein Viertel mit hoheitlichen Aufgaben betraut. Würde die AfD mit ihrer Forderung ernst machen, käme das auch linken Forderungen, möglichst viele Menschen in der Rentenversicherung zu versichern, entgegen. Implizit würde mit der Einbeziehung von etwa drei Vierteln der bisher verbeamteten Beschäftigten im öffentlichen Dienst in die Sozialversicherungen auch der Privaten Krankenversicherung (PKV) ein buchstäblich wertvoller Teil der nachwachsenden Kundschaft entzogen, denn Beamte machen dort 40% der Versicherten aus. Indem der Nachschub an jungen Beitragszahlenden mit in der Regel geringen Versicherungsausgaben wegfallen würde, würde sich die Kostenstruktur in der PKV dadurch immer stärker verändern und die PKV damit unattraktiver werden. Das steht im Widerspruch zu den beschlossenen Forderungen in der Krankenversicherung, aber die AfD ist ja ohnehin als eine Par-



Wahlplakate, Dresden, 19.9.2017 (dpa)

tei der Widersprüche bekannt. Selbständige sollen ebenfalls in der Rentenversicherung abgesichert werden, soweit sie keine private Altersvorsorge nachweisen können.

Der alterssicherungspolitische nationale Familialismus der AfD zeigt sich an zwei weiteren Forderungen: Zum einen soll die bestehende staatliche Förderung der privaten Altersvorsorge, insbesondere die Riester-Förderung, entfallen. Sparer sollen künftig selbst entscheiden, ob sie riskante und möglicherweise renditestärkere oder konservative Anlageformen wählen, sollen aber dabei auch nicht mehr gefördert werden. Für Kinder mit deutscher Staatsangehörig-

keit soll gegenüber der bisherigen Förderung im Rahmen der »Riester-Vorsorge« von 300 Euro pro Kind und Jahr künftig bis zum 18. Lebensjahr monatlich ein Betrag von 100 Euro an staatlichem Zuschuss in die Spardepots der Kinder einbezahlt werden: eine klare Diskriminierung von nicht-deutschen Familien. Unter dem Namen Renten-Starterkit vertritt die CSU eine ähnliche Forderung, allerdings ohne jegliche Differenzierung nach Herkunft. Die geplante Förderung summiert sich auf 21.600 Euro, zusätzlich dazu sollen Familien pro Kind 20.000 Euro an Rentenversicherungsbeiträgen erstattet werden. Hier wird, offenbar aus rechtlichen Gründen, kein Unterschied zwischen Versicherten unterschiedlicher Staatsangehörigkeit gemacht. Dieser wäre auch unzulässig. Dass dieser Versuch, durch finanzielle Transfers höhere Geburtenzahlen zu erreichen, scheitert, ist zu erwarten. Paare entscheiden sich vor allem dann für Kinder, wenn sie eine gute Infrastruktur vorfinden, die ihnen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtert. Der Versuch, ihnen diese persönliche Präferenz mit den genannten Förderungen gleichsam abzukaufen, ist demgegenüber wenig attraktiv.

Vergleicht man den Beschluss etwa mit dem Vorschlag der dem völkischen Flügel zuzurechnenden Thüringer AfD-Fraktion für eine »Produktivitätsrente«, wird deutlich, dass zwar einzelne Elemente des Vorschlags geringfügig modifiziert Eingang gefunden haben, es sich dabei aber nicht um den zentralen Kern des rentenpolitischen Systemwechsels handelt. Die von der Thüringer AfD-Fraktion geforderte Staatsbürgerrente ist als Aufschlag auf Renten von deutschen Staatsbürgern konzipiert. Sie soll Grundsicherungsbezug überflüssig machen. Leistungsberechtigt sollen Deutsche mit mindestens 35 Beitragsjahren, aber weniger als 45 Entgeltpunkten sein. Sie sollen einen »Staatsbürgeraufschlag« erhalten, ggf. auch zusätzlich zur Grundsicherung im Alter.

Zu den Gemeinsamkeiten des Thüringer Modells mit den beschlossenen Positionen zählt der Wegfall von gesetzlichen Regelungen zum Zeitpunkt des Renteneintritts, die Beitragsrück-

erstattung für Familien, eine breitere Versicherungspflicht in der Rentenversicherung und der Wegfall der Förderung privater Rentenversicherungen. Der wirtschaftsliberale Teil der Partei verhinderte seinerseits die Übernahme verschiedener sozialer Ausgleichsregelungen ebenso wie die Forderung nach einer Anhebung des Rentenniveaus. Zurück bleibt ein Konglomerat von Forderungen, die nicht zueinander passen wollen und weit hinter alterssicherungs-politische Konzepte linker Parteien, aber auch der Regierungsparteien, zurückfallen.

Der abschließende gesundheitspolitische Teil des Bundesparteibeschlusses besticht vor allem durch das Bekenntnis zum Bestehenden. Das Nebeneinander von privater und gesetzlicher Krankenversicherung soll nicht nur fortgeschrieben werden, beide Bereiche sollen »stabilisiert« werden. Der AfD erscheint dieses System besonders wettbewerbsfähig. Davon kann allerdings gerade keine Rede sein, denn nur ein kleiner Teil der Bürgerinnen und Bürger ist in der Lage, sich überhaupt zwischen der einen oder der anderen Versicherungsform zu entscheiden. Hinzu kommt, dass eine Entscheidung für eine private Krankenversicherung ebenfalls direkt in einen Versicherungszweig führt, in dem es faktisch kaum einen Wettbewerb gibt. Da privat Versicherte bei ihren Versicherungen Beitragsrückstellungen aufbauen, die sie nicht mit in neue Versicherungsverhältnisse nehmen können, kann auch hier nicht von einem funktionierenden Wettbewerb die Rede sein.

Die »Privatisierung« von Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen soll nach Auffassung der AfD begrenzt werden. Ab einem bestimmten Privatisierungsgrad, genannt werden beispielhaft 40%, soll der Gesetzgeber regulierend einschreiten.

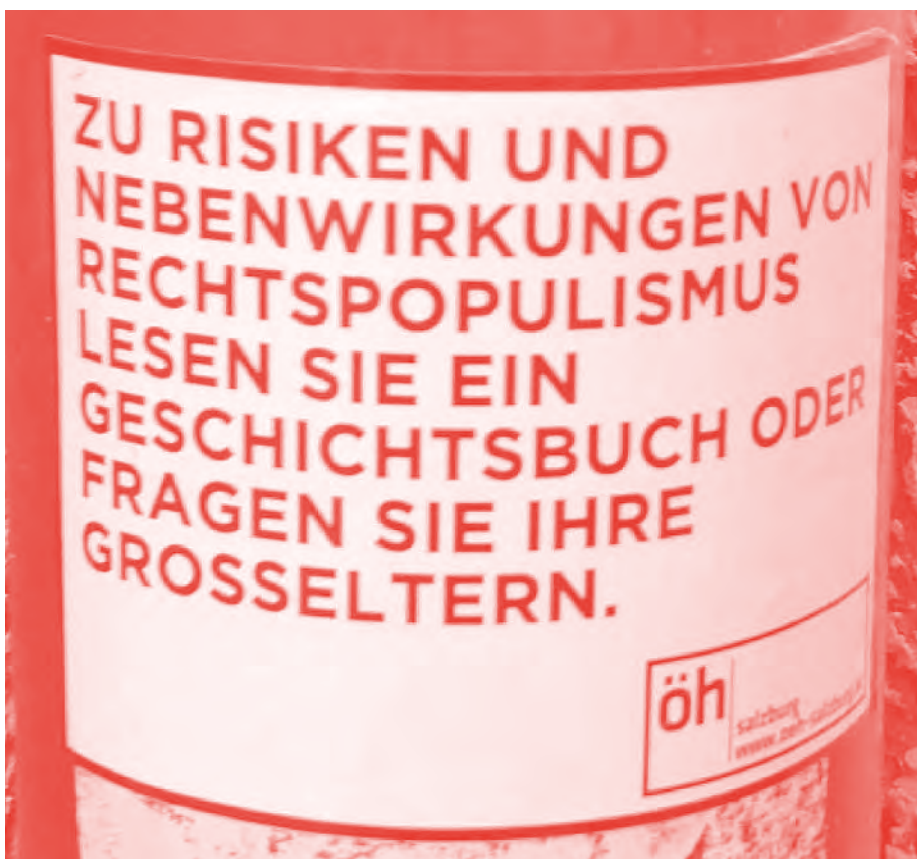
In der Pflege will die AfD Kranken- und Pflegeversicherung zusammenlegen. Eigenanteile bei der Pflege sollen um 50% reduziert werden, dafür soll die Pflegeversicherung stärkere Zuschüsse enthalten. Weitere Forderungen zählen zum kleinen Einmaleins verbreiteter Standardvorschläge im Bereich der Pflegepolitik: Das Berufsbild der Pflegekraft soll aufgewertet, häusliche Pflege

gefördert und Pflege besser bezahlt bzw. honoriert werden, dazu plant die AfD ein Gemeinschaftsdienstjahr für alle Schulabgänger. Im Gesundheitsbereich tätige Menschen sollen nach Auffassung der AfD über Sprachkenntnisse auf dem Referenzniveau C1 verfügen. Das setzt voraus, anspruchsvolle, längere Texte zu verstehen, sich spontan und fließend auszudrücken und sich klar, strukturiert und ausführlich zu komplexen Sachverhalten zu äußern. Überträgt man diese Anforderung auf das Reflektionsniveau des AfD-Leitantrages, wird dieses Referenzniveau deutlich verfehlt.

### **Staatsbürgergeld: Nichts Richtiges im Falschen**

Nicht verabschiedet, sondern in die Fachgremien verwiesen wurde der Vorschlag eines Staatsbürgergeldes<sup>5</sup> nur für deutsche Staatsangehörige. Die Urhebererschaft dafür reklamiert nicht einmal der Bundestagsabgeordnete René Springer, der das Konzept veröffentlicht hat, für sich, denn dieses entspricht bei wenigen Abweichungen dem 2006 durch den ehemaligen Thüringer Ministerpräsidenten Dieter Althaus (CDU) als Leistung für alle vorgeschlagenen Solidarischen Bürgergeld. Das Staatsbürgergeld soll nur für deutsche Staatsbürger einheitlich 500 Euro im Monat ab der Geburt betragen. Konzipiert ist es als Variante einer negativen Einkommensteuer: Einkommen bis 250.000 Euro/Jahr wird mit einem Steuersatz von 25%, darüber liegendes Einkommen mit 50% besteuert. Wer beispielsweise kein Einkommen hat, hätte danach anstelle der Grundsicherung 500 Euro. Wer ein Einkommen von 400 Euro hat, müsste darauf 100 Euro Steuern zahlen und käme mit den zusätzlichen 500 Euro auf 800 Euro. Wer 2.000 Euro Einkommen hat, müsste darauf 500 Euro an Steuern zahlen und bekäme 500 Euro, ein Nullsummenspiel.

Das Staatsbürgergeld soll andere Leistungen ersetzen, etwa die Grundsicherungsleistungen nach SGB II und SGB XII, das BAföG, Elterngeld, Kindergeld, Wohngeld und anderes mehr. Mehrbedarfe für Wohnung, Behinderung oder Pflegebedürftigkeit sollen zusätzlich beantragt werden, hier soll eine



Guter Rat aus Österreich (Flickr/Andreas Issleib / CC BY-NC-ND 2.0)

Bedürftigkeitsprüfung erfolgen. Das Staatsbürgergeld ist jedoch alles andere als ein existenzsicherndes, armutsfestes Grundeinkommen. Schon der avisierte Grundbetrag von 500 Euro fällt hinter den bestehenden, selbst schon deutlich zu niedrig bemessenen Regelsatz von derzeit 446 Euro zurück, da dieser im Gegensatz zum Staatsbürgergeld die Kranken- und Pflegeversicherung bereits beinhaltet. Gerade für Familien können die Vorschläge aus der AfD zu einer gravierenden Leistungsver schlechterung führen. Beispielsweise werden bislang bis zu 1.800 Euro als Höchstbetrag für das Elterngeld gezahlt, Kindergeld beträgt für die ersten beiden Kinder 219 Euro im Monat. Diese Leistungen würden wegfallen. Nicht nur Familien könnten dadurch erhebliche Einkommenseinbußen erleiden. Nicht nur Melvilles Schreiber Bartleby würde zu dem Schluss kommen: »Ich möchte lieber nicht.«

### **Gäriger Haufen, unausgegrenzte Programme**

Deutlich wird: Der »gärige Haufen« produziert auch hier unausgegrenzte Konzepte. Verabschiedet wurde der Antrag auf dem Parteitag mit, ausgerechnet, 88% der Delegiertenstimmen. Wie er von den derzeit 88 Abgeordneten der AfD im Bundestag aufgegriffen wird, bleibt abzuwarten. Für die AfD erfüllt das Papier vor allem die Mindestanforderung, hinreichend offen zu sein, um die unterschiedlichen Interessen der AfD in Ost und West weiter unterschiedlich zu bedienen.

Die Kehrseite dieser programmatischen Unbestimmtheit ist, dass es der AfD so absehbar nicht gelingen wird, ein sozialpolitisches Profil zu gewinnen. Die Befunde von Gerd Wiegel, der die Arbeit der AfD im Bundestag beobachtet, stützen das. Er betont, dass die Gruppe der Sozialpolitiker\*innen der Fraktion »völlig heterogen« (Wiegel 2019: 188) sei, und konstatiert für die AfD-Beiträge eine »Spannbreite, ja Gegensätzlichkeit« (ebd.: 190). Einzig der Thüringer Abgeordnete Jürgen Pohl ge-

riere sich in der Fraktion als »einsamer Vertreter einer Kapitalismuskritik von rechts«, stehe damit aber im »krassen Gegensatz zur Mehrheitsmeinung in seiner Fraktion« (ebd.: 191). »In der Bundestagsfraktion stehen prinzipiell nicht die Interessen der abhängig Beschäftigten, sondern der Wirtschaftsstandort Deutschland an erster Stelle. Für Arme oder in prekären Verhältnissen lebende Menschen haben Redner und Rednerinnen der AfD häufig nur Verachtung übrig.« (Ebd.: 192.)

Die sich auch immer wieder sozialpolitisch aus der Partei heraus artikulierende gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit ruft förmlich danach, kontinuierlich deutlich zu machen, dass die sozialpolitische Aufstellung nicht vom bestehenden Antiegalitarismus, Antiuniversalismus und Rassismus zu trennen ist.

Zurückhaltung ist hier fehl am Platz: »Es müsste also für die linken Parteien des Bundestages einfach sein, die AfD auf dem Feld der Arbeits- und Sozialpolitik anzugreifen. Aber es passiert

kaum, was den Beobachter zunächst ratlos lässt. ... Auch die sozial prekären oder von Abstiegsängsten geplagten AfD-Wählerinnen und Wähler könnte es interessieren, dass die Fraktion regelmäßig gegen jede Form der Mietpreisbremse stimmt, dass sie das Sanktionsregime bei Hartz IV im Verbund mit FDP und Union verteidigt, dass sie Reiche entlasten will. Aber es müsste den Wählerinnen und Wählern auch mitgeteilt werden ... In der gegenwärtigen Auseinandersetzung mit der Rechten darf auch nicht die kleinste Möglichkeit ihrer Schwächung vernachlässigt werden.« (Ebd.: 194f.) Dem ist nichts hinzuzufügen.

### Literatur

- AfD (2020): Leitanspruch der Bundesprogrammkommission zur Debatte über die künftige Ausrichtung der Alternative für Deutschland in Fragen der Sozialpolitik. Berlin, 10. März 2020.
- AfD-Fraktion im Thüringer Landtag (2018): Die Produktivitätsrente. Erfurt.
- AfD Nordrhein-Westfalen (2020): Sozialpolitik. Hintergrundinformationen zum Leitanspruch der Bundesprogrammkommission

zur Debatte über die künftige Ausrichtung der Alternative für Deutschland in Fragen der Sozialpolitik. Bundesparteitag der AfD am 28. und 29. November 2020 in Kalkar.

- der rechte rand (Hrsg.) (2020): Das Ifs. Faschist\*innen des 21. Jahrhunderts. Einblicke in 20 Jahre »Institut für Staatspolitik«. VSA: Verlag Hamburg.
- Höcke, Björn (2018): Nie zweimal in denselben Fluss. Lüdinghausen.
- Jörke, Dirk/Nachtwey, Oliver (2018): Krise der SPD: Was tun gegen Sozialchauvinismus? In: FAZ vom 11.6.2018, 6.
- Kaiser, Benedikt (2020): Solidarischer Patriotismus. Die soziale Frage von rechts. Schnellroda.
- Kubitschek, Götz (2016): Die Spurbreite des schmalen Grats. Texte 2000–2016, Schnellroda.
- Springer, Rene (2020): Staatsbürgergeld. Vorschlag für ein modernes Steuer- und Sozialsystem. Berlin.
- Wiegel, Gerd (2019): Wirtschafts- und Sozialpolitik der AfD im Bundestag. In: Becker, Andrea/Eberhardt, Simon/Kellershohn, Helmut (Hrsg.): Zwischen Neoliberalismus und völkischem »Antikapitalismus«. Münster, S. 186–196.

■ <sup>5</sup> Vgl. Springer 2020.

## VSA: Was geschieht am rechten Rand?



der rechte rand. Das antifaschistische Magazin (Hrsg.) **Das Ifs. Faschist\*innen des 21. Jahrhunderts** Einblicke in 20 Jahre »Institut für Staatspolitik« 184 Seiten | Fotos | € 12.80 ISBN 978-3-96488-074-1 »Ein spannender Überblick« (Belltower News) »Lesenswert« (taz)



Ulrich Brinkmann/Maren Hassan-Beik/Lukas Zappino **Solidarität und Skepsis** Flucht, Migration, arbeitsweltliche Umbrüche und politische Entwurzelung 176 Seiten | € 16.80 ISBN 978-3-96488-016-1 Empirische Befragungen zeigen, weshalb der Rechtspopulismus auch in gewerkschaftlichen Kontexten Unterstützer findet.



Cornelia Koppetsch **Rechtspopulismus als Protest** Die gefährdete Mitte in der globalen Moderne 184 Seiten | € 16.80 ISBN 978-3-96488-024-6 Die neue Rechte mobilisiert die Erfahrung persönlich deklariert zu werden, dessen Verbindung mit einer Systemkrise sowie das Gefühl, in der »liberalen« Kultur nicht (mehr) aufgehoben zu sein.



Hajo Funke **Die Höcke-AfD** Eine rechtsextreme Partei in der Zerreißprobe Eine Flugschrift Aktualisierte Ausgabe 136 Seiten | € 10.00 ISBN 978-3-96488-093-2 Wir sind nach einem im hohen Maße von der Coronapandemie geprägten Jahr konfrontiert mit einer zunehmend zerrütteten Alternative für Deutschland (AfD).



Ludwig Elm/Manfred Weißbecker u.a. **Das faschistische Echo der Vergangenheit** Lehren von Weimar für linke Politik heute Eine Veröffentlichung der Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen 128 Seiten | € 10.00 ISBN 978-3-96488-089-5 Die Geschichte wiederholt sich nicht. Oder doch?

Im Buchhandel oder bei: VSA: Verlag, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, info@vsa-verlag.de

[www.vsa-verlag.de](http://www.vsa-verlag.de)



# Probelesen

Wenn diese Probe-Lektüre Sie davon überzeugen konnte, dass Sozialismus das Richtige für Sie mit fundierten Beiträgen zu den Themen

- Berliner Republik/Linke Alternativen
- Wirtschaft & Soziales/Forum Gewerkschaften
- Internationales/Krieg & Frieden
- Buchbesprechungen/Filmkritiken
- sowie zweimonatlich einem Supplement zu theoretischen oder historischen Grundsatzfragen

ist, sollten Sie gleich ein Abo bestellen (und eines der Bücher aus dem VSA: Verlag als Prämie auswählen). Wenn Sie weitere Argumente benötigen, nehmen Sie ein Probeabo ([www.Sozialismus.de](http://www.Sozialismus.de)). Beides geht auch mit dem beigegefügtten Bestellschein (bitte auf eine Postkarte kleben oder faxen an 040/28 09 52 77-50)

Ich abonniere Sozialismus ab Heft \_\_\_\_\_ zum Preis von € 75,- (incl. Porto; Ausland: + € 20 Porto).

Ich möchte die Buchprämie  Kapital  68er  ABC

Ich abonniere Sozialismus ab Heft \_\_\_\_\_ zum verbilligten Preis von € 55,- (für Arbeitslose/Studenten).

Ich möchte die Buchprämie  Kapital  68er  ABC

Ich bestelle ein Sozialismus-Probeabo ab Heft \_\_\_\_\_ (3 Hefte zum Preis von € 16,-/Ausland € 25,-).

Bitte schicken Sie mir ein kostenloses Probeexemplar.

\_\_\_\_\_  
Name, Vorname

\_\_\_\_\_  
Straße

\_\_\_\_\_  
Plz, Ort

\_\_\_\_\_  
Datum, Unterschrift

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche bei der Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

\_\_\_\_\_  
Datum, 2. Unterschrift

Bitte als  
Postkarte  
freimachen

Antwort

Redaktion Sozialismus  
Postfach 10 61 27  
20042 Hamburg

## Abo-Prämie

Eines dieser Bücher aus dem VSA: Verlag erhalten Sie, wenn Sie Sozialismus abonnieren oder uns eine/n neuen AbonnentIn nennen (nicht für Probeabo). Bitte auf der Bestellkarte ankreuzen!

Mehr zum Verlagsprogramm:  
[www.vsa-verlag.de](http://www.vsa-verlag.de)

